

Produktion und Export von Waffen

Warum es eine nationale Rüstungsindustrie braucht

Gastkommentar

von ERICH VAD

Rüstungsgüter und vor allem ihr Export gelten gemeinhin als politisch und moralisch höchst fragwürdig. Gleichwohl ist mit Blick auf die unzähligen Konflikte dieser Welt unübersehbar, dass mit diplomatischen Mitteln allein demokratische und menschenrechtliche Mindeststandards sowie die Gewährleistung von Frieden, Freiheit, Sicherheit sowie politischer Stabilität und Souveränität kaum waffenlos sichergestellt werden können. Auch wenn der Einsatz von Militär und Gewalt eine Ultima Ratio des politischen Handelns bleibt, scheint das Verhalten modern ausgerüsteter Streitkräfte und einer starken einheimischen Rüstungsindustrie unumgänglich zu sein, um als politischer Akteur auf der internationalen Bühne ernst genommen zu werden.

Politische Bedeutung

Gerade der Blick auf Russland verdeutlicht das. Donald Trump würde das Land nicht mehr wie noch sein Vorgänger Barack Obama als nicht ernstzunehmende «Regionalmacht» bezeichnen. Das wirtschaftlich angeschlagene, von westlichen Sanktionen geschwächte und sich in demografischer Hinsicht in schwerem Fahrwasser befindliche Land verdankt seine internationale starke Position ausschliesslich seiner heimischen Rüstungsindustrie und seinen modernen Streitkräften. Natürlich reicht das nicht zum Status einer Weltmacht wie etwa der USA, die neben ihrer unangefochtenen Stellung als Militärmacht gleichzeitig auch Weltwirtschafts- und Finanzmacht sind und über eine weltweite Technologieführerschaft verfügen.

Deshalb rüstet auch China weiter auf und wird es sich nicht nehmen lassen, auch auf diesem Feld mit den USA gleichzuziehen. Und selbst Deutschland rüstet auf – vor allem wegen des starken Drucks aus den USA, die berechtigterweise nicht mehr gewillt sind, die Kosten der Verteidigung Europas allein zu schultern, während Bündnispartner fleissig Geschäfte mit eher unberechenbaren Akteuren auf der internationalen Bühne machen. Aus diesen Gründen behalten moderne Streitkräfte, eine starke heimische, wehrtechnische Rüstungsbasis und die Herstellung von modernen Waffen und militärischer Ausrüstung ihre hohe politische Bedeutung. Umgekehrt gilt auch: Die Aufgabe der Herstellung von Waffen und militärischer Ausrüstung würde bedeuten, sich jede Option auf ein militärisches Eingreifen zum Schutz des eigenen Landes und auch zur Durchsetzung von friedenserhaltenden Massnahmen der Vereinten Nationen zu verbauen. Aber braucht es dazu unbedingt eine nationale Rüstungsindustrie? Kann man nicht wesentlich preiswerter und je nach Bedarf Waffen auf dem internationalen Markt kaufen und wäre dann vor

Der eigene sicherheitspolitische Handlungsspielraum ist ohne eine nationale Rüstungsindustrie mit Kernkompetenzen und nationalen Schlüsseltechnologien stark eingeengt.

allem nicht gezwungen, Waffen zu exportieren, um die heimische Rüstungsindustrie zu erhalten. Das ist im Kern eine Frage der politischen Souveränität. Ausländische Produzenten werden niemals den spezifischen politischen Erfordernissen und auch den nationalen Eigenheiten nationaler Streitkräfte entsprechen wollen. Staaten denken bei der Sicherheitsvorsorge zunächst und berechtigterweise an sich selbst und den eigenen Bedarf. Im Falle des Falles ist nicht sichergestellt, dass ausländische Produzenten liefern, nicht zuletzt auch aus politischen Gründen, die sich ändern können. In jedem Fall wäre man politisch hochgradig von jeweiligen ausländischen Produzenten abhängig und politisch nur eingeschränkt souverän und in seinen politischen Entscheidungen frei.

Auch wird es schwierig sein, technologisch hochwertige Produkte zu bekommen, die State of the Art sind, weil ausländische Anbieter aus berechtigtem Interesse heraus ihre technologische Führerschaft nicht vorzeitig aufgeben wollen. In der Konsequenz würde die vollständige Abhängigkeit von ausländischen Rüstungsfirmen dazu führen, dass die eigenen nationalen Streitkräfte nur jene Aufgaben erfüllen könnten, die jeweils mit den verfügbaren Mitteln machbar wären, und nicht etwa die, welche der Staat in seiner nationalen Sicherheitsvorsorge erfüllt haben will. Zudem könnte das eigene Land politisch unter Druck gesetzt oder auch in sicherheitspolitischer Hinsicht politisch erpressbar werden, wenn beispielsweise der Export wichtiger Ersatzteile für die eigenen nationalen Streitkräfte – politisch gewollt oder ungewollt – ausbliebe.

Der eigene sicherheitspolitische Handlungsspielraum ist ohne eine nationale Rüstungsindustrie mit Kernkompetenzen und nationalen Schlüsseltechnologien stark eingeengt. Auch eine Kooperation internationalen Wettbewerbern wäre streng genommen nicht möglich. In letzter Konsequenz würde man aber als internationaler sicherheitspolitischer Akteur nicht ernst genommen. Man wäre kein Geber, sondern lediglich ein Nehmer und damit ein Habenicht in Sachen Sicherheit.

Ausfuhr ist wichtig

Die Zeiten, in denen nationale Rüstungsindustrien Tausende Panzer und Flugzeuge produzieren konnten, sind – Gott sei Dank – vorbei. Von daher ist die heimische Rüstungsindustrie auf Export angewiesen. Man kann vereinfacht sagen: Je höher die Anzahl produzierter Rüstungsgüter, desto höher ist die Effektivität von Entwicklung und Herstellung und umso mehr nationale Fachkompetenz und Arbeitsplätze können erhalten werden.

Ohne Rüstungsexporte würden heimische Rüstungsunternehmen hochgradig subventionsbedürftig. Sie wären nicht mehr konkurrenzfähig auf dem internationalen Markt und könnten wirtschaftlich

nicht überleben. Hier brauchen wir in Deutschland und der Schweiz vernünftige, mit anderen europäischen und internationalen Anbietern harmonisierte Massstäbe, um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Das Exportreglement muss dringend vereinheitlicht werden und europaweit gelten. Diese Forderung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Münchner Sicherheitskonferenz vom Februar ist berechtigt. Nur so ist eine europäische Rüstungskonvention – wie jene zwischen Deutschland und Frankreich beim Bau neuer Kampfflotten und Kampfpanzer – überhaupt möglich. Nur so ist das Ziel einer europäischen Verteidigungsunion und europäischer Streitkräfte eine realistische Option und keine Illusion. Weniger Verkäufe von Waffen und militärischer Ausrüstung führen schnell zur Kostenexplosion bei Entwicklung und Herstellung, die politisch nicht konsens- und mehrheitsfähig ist.

In der Konsequenz führen übermässig restriktive nationale Exportbestimmungen zur Abwanderung und zur Verlagerung der heimischen Rüstungsindustrie – ein Prozess, der bereits im Gange ist. Der Export von Waffen und militärischer Ausrüstung kann zudem ein sehr effektives Instrument der Außenpolitik sein. Der jeweilige Exporteur kann dosiert politischen Einfluss auf den Empfänger von Rüstungsgütern ausüben. Die Lieferung von Waffen und militärischen Gütern in andere Länder kann auch zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen sowie der internationalen Sicherheitslage und zur politischen Vertrauensbildung beitragen.

Wir sollten nicht vergessen, dass es Waffen waren, die den Sieg über Hitlerdeutschland im Zweiten Weltkrieg ermöglichten und die Frieden, Demokratie und Freiheit im Kalten Krieg bewahrten. Wir verdanken es wiederum Waffen und der Bereitschaft zur nuklearen Aufrüstung in der Administration von Ronald Reagan, dass der Kalte Krieg beendet, die politische Spaltung Europas überwunden und die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht wurde. Trotz heftigem innenpolitischem Druck war der Nato-Doppelbeschluss dem damaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt ein so wichtiges Anliegen, dass er seinen politischen Sturz und persönliche Risiken im Kauf nahm. Das Erhalten des Gleichgewichts im Gesamtspektrum nuklearer Waffen und ein neuer INF-Vertrag unter Einbeziehung anderer Akteure wie z. B. Chinas als eurasischer Macht sind denn auch heute noch wichtig.

Waffen und militärisches Gerät bleiben unerlässlich zur Bewahrung des Friedens und der Freiheit. Deswegen sollten wir es uns gut überlegen, die Grundlage dazu – eine auf dem Stand der Zeit befindliche nationale Rüstungsindustrie – aufzugeben.

Erich Vad war langjähriger Militärberater der Bundeskanzlerin Angela Merkel und ist jetzt Partner bei Hirzel.Neef.Schmid, Konsultanten in Zürich.